

Positionspapier der LAG Arbeit Schleswig-Holstein zu den geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt für den SGB II Bereich

Der Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für Arbeit sieht für das Jahr 2024 Kürzungen in Höhe von 500 Mio. Euro für den SGB II Bereich vor. Eine zusätzliche Übertragung der arbeitsmarktlichen Förderung von jugendlichen Bürgergeldempfänger*innen unter 25 Jahren an die Agenturen für Arbeit, soll bei den Jobcentern weitere Einsparungen in Höhe von weiteren 900 Mio. Euro ab 2025 generieren.

Dem gegenüber stehen die ehrgeizigen Ziele der Ampelkoalition, die nicht zuletzt mit ihrem noch neuen Bürgergeld-Gesetz die Herausforderungen des Arbeitsmarktes in Form von mehr Qualifizierung und einer ganzheitlichen Betreuung, der Jugendarbeitslosigkeit, des Fachkräftemangels aber auch einer nachhaltigen Integration Geflüchteter aktiv angehen wollte.

Die von Minister Heil verkündeten Einsparungen stellen aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit in Schleswig-Holstein (LAG-Arbeit SH) genau diese Planungen eindeutig in Frage. Die Verlagerung der Zuständigkeiten bei der Förderung von Jugendlichen gefährdet zudem eine in weiten Teilen etablierte Zusammenarbeit von Anbietern regionaler Arbeitsmarktdienstleistungen, Jobcentern und Kommunen. Die zumeist zentralistisch organisierten Bundesprogramme der Agentur für Arbeit drohen an dieser Stelle die auf regionale und kommunale Bedarfe ausgerichteten Förderansätze aufzulösen.

Negative Folgen zeichnen sich ebenfalls im Rahmen des Landesprogramms Arbeit 2021-2027 des Landes Schleswig-Holstein ab: das weitgehend aus Mitteln der Europäischen Union finanzierte Programm sieht z. B. in der Prioritätsachse C2 – Produktionsschulen - zwingend eine Co-Finanzierung vor, die fast flächendeckend von den regionalen Jobcentern geleistet wird. Als Reaktion auf die Ankündigungen des Bundes, wurde der aktuelle Förderaufruf in seiner Laufzeit bereits von drei auf ein Jahr reduziert. Durch drohende Mittelkürzungen und Planungsunsicherheit erscheint dieses seit Jahren erfolgreiche Instrument im Übergang Schule-Beruf speziell für mehrfachbenachteiligte junge Menschen im Bestand gefährdet. Dabei sollte hinsichtlich des eklatanten Fachkräftemangels die oberste Prämisse sein, keinen jungen Menschen auf dem Bildungsweg zu verlieren.

Die LAG-Arbeit SH unterstützt ausdrücklich eine regionale und auf Zielgruppen ausgerichtete Arbeitsmarktförderung, die auf Kooperation der Jobcenter mit den regionalen Anbietern von Arbeitsmarktdienstleistungen setzt. Die faktische Beschneidung der Leistungsfähigkeit und der Kompetenzen der Jobcenter bedroht damit gleichermaßen auch die Existenz der Branche der Arbeitsmarktdienstleister in ganz Deutschland und wird seitens der LAG-Arbeit SH aufs schärfste verurteilt.

Fachlich gehen die wirtschaftlichen Planungen an den Bedarfen aktueller Kundengruppen genauso vorbei wie an den drängenden Bedarfen des Arbeitsmarktes. Hier wird am falschen Ende gespart! Die geplanten Kürzungen begünstigen den weiteren **Abbau bestehender sozialer Dienstleistungsstrukturen**. Angebote, die nicht nur fester Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge sind, sondern ein Ort des beruflichen Lernens und der Qualifizierung. Sie erreichen mit sinnstiftenden Ansätzen eine Aktivierung der Menschen, die von der Wirtschaft längst zur Reduzierung des Arbeitskräftemangels als wichtig erkannt wird.

Die angestrebte Mittelkürzung droht das sozial- und arbeitsmarktpolitische Engagement kommunaler Akteure u. a. bei der Förderung von Jugendlichen und Familien zu schwächen. Gerade bei der beruflichen Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedarf es eines **ganzheitlichen Zugangs zu den Familien aus einer Hand**.

Die im Bürgergeld-Gesetz verankerte ganzheitliche Betreuung und auch die kooperative Zielplanung auf Augenhöhe durch das Jobcenter sind aus Sicht der LAG-Arbeit SH ein vielversprechender Ansatz.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die geplanten Kürzungen zurück zu nehmen und den SGB II Haushalt so auszustatten, dass die im Koalitionsvertrag verkündeten politischen Ziele keine leeren Worte bleiben sondern zum Wohle der Menschen in der Region umgesetzt werden können!

Dr. Dagmar Bez
LAG Vorstand

Dagmar.bez@awo-bildungundarbeit.de

Christoph Fels
LAG Vorstand

c.fels@bequa.de